
Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IX
Einführungsliteratur	XV
Vorbemerkung	XVII
Erster Abschnitt: Grundlagen	1
A. Begriff und Aufgaben des Zivilprozesses	1
I. Selbsthilfe und Justizgewährungsanspruch	1
II. Die Aufgaben des Erkenntnisverfahrens	1
III. Warum „geht jemand vor Gericht“ und warum tut er das nicht?	3
IV. Einordnung und Rechtsquellen	4
B. Prozessgrundsätze	4
I. Grundsätze betreffend die Aufgabenverteilung zwischen Gericht und Parteien	5
1. Dispositionsgrundsatz	5
a) Einleitung des Verfahrens	5
b) Bindung an den Antrag	5
c) Einlegung von Rechtsmitteln	5
d) Disposition über den Streitgegenstand	6
2. Verhandlungsgrundsatz/Untersuchungsgrundsatz	6
3. Amtsbetrieb	9
II. Grundsätze betreffend die Gestaltung des Verfahrens als „fair trial“	9
1. Grundsatz der Mündlichkeit	9
2. Grundsatz der Unmittelbarkeit	9
3. Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	10
4. Grundsatz des beiderseitigen rechtlichen Gehörs	10
5. Grundsatz der Verfahrenskonzentration	12
C. Grober Überblick über den typischen Gang eines Zivilprozesses in der Praxis	13
Zweiter Abschnitt: Die Zivilgerichtsbarkeit	15
A. Trennung der ordentlichen Gerichtsbarkeit von der Verwaltung	15
B. Die Zulässigkeit des Rechtswegs	16
I. Problemstellung	16
II. Die Zulässigkeit des Gerichtswegs	17
1. Abgrenzung zur Verwaltung	17
2. Behandlung der Unzulässigkeit des Gerichtswegs	17
III. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	18
1. Ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Straferichtsbarkeit)	18
2. Sondergerichte	18
a) Sondergerichte des öffentlichen Rechts	18
b) Sondergerichte des Privatrechts	18
3. Behandlung der Unzulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	19
IV. Die Zulässigkeit des streitigen Rechtswegs	19
1. Streitiger Rechtsweg	19
2. Außerstreitiger Rechtsweg	19
3. Vollstreckungsverfahren	20
4. Insolvenzverfahren	20
5. Zivilgerichte und Straferichte	20
V. Zugehörigkeit zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit	21
C. Inländische Gerichtsbarkeit	21
I. Begriff der inländischen Gerichtsbarkeit	21
II. Einschränkungen der inländischen Gerichtsbarkeit (Immunitäten)	21

D. Die ordentlichen Gerichte	22
I. Gerichtsorganisation	22
1. Bezirksgerichte	22
2. Gerichtshöfe erster Instanz (Landesgerichte, HG Wien, ASG Wien)	23
3. Oberlandesgerichte	23
4. Oberster Gerichtshof	23
II. Instanzenzug	24
III. Gerichtsbesetzung	24
1. Gerichtsbesetzung in erster Instanz	24
2. Gerichtsbesetzung in höherer Instanz	24
3. Entscheidungsfindung im Senat	25
4. Fehlerhafte Gerichtsbesetzung	25
IV. Prinzip der festen Geschäftsverteilung	26
E. Die Gerichtspersonen	26
I. Richter	26
1. Berufs- oder Laienrichter?	26
2. Die richterliche Unabhängigkeit	27
3. Justizverwaltung	27
II. Rechtspfleger (Diplomrechtspfleger)	27
III. Geschäftsstelle	28
IV. Unparteilichkeit der gerichtlichen Organe	28
1. Ausschließungsgründe	29
2. Befangenheitsgründe	29
3. Ablehnungsverfahren	29
Dritter Abschnitt: Zuständigkeitsordnung	31
A. Die Zuständigkeit im Allgemeinen	31
B. Die internationale Zuständigkeit	32
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	32
II. Die Grenzen der internationalen Zuständigkeit	32
III. Ordination (§ 28 JN)	33
IV. Prüfung der internationalen Zuständigkeit	34
1. Prüfung nach dem autonomen österreichischen Recht	34
2. Prüfung nach EuGVVO/LGVÜ 2007	35
V. Die internationale Zuständigkeit nach EuGVVO, LGVÜ 2007 und Brüssel IIa-VO	36
1. Entwicklung	36
2. Anwendungsbereich	37
a) Sachlicher Anwendungsbereich	37
b) Räumlich-personeller Anwendungsbereich	37
3. Allgemeine Zuständigkeit und besondere Zuständigkeiten nach den Verordnungen und Übereinkommen	39
a) Das Zuständigkeitssystem von EuGVVO 2012 und LGVÜ 2007	39
b) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel IIa-VO	41
C. Die sachliche Zuständigkeit	41
I. Der Begriff der sachlichen Zuständigkeit	41
II. Die sachliche Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtstypen	42
1. Zuständigkeit der (allgemeinen) Bezirksgerichte	42
2. Zuständigkeit der (allgemeinen) Landesgerichte	42
3. Zuständigkeit der Handelsgerichte und Bezirksgerichte für bzw in Handelssachen	42
4. Zuständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte	43

III. Streitwertberechnung	43
1. Bedeutung des Streitwerts	43
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	43
3. Feststellung der Höhe des Streitwerts	43
D. Die örtliche Zuständigkeit	44
I. Der Begriff der örtlichen Zuständigkeit (Gerichtsstand)	44
1. Der allgemeine Gerichtsstand	44
2. Die besonderen Gerichtsstände	45
II. Delegation	46
1. Delegation im engeren Sinn	46
2. Zuständigkeitsübertragung durch das angerufene Gericht	46
E. Die Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation)	47
F. Die Zuständigkeitsprüfung und die Folgen der Unzuständigkeit	48
I. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im erstinstanzlichen Verfahren	48
1. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit	48
2. Die Überweisung an das nicht offenbar unzuständige Gericht auf Antrag des Klägers	49
a) Überweisungsantrag nach § 230a ZPO	49
b) Überweisungsantrag nach § 261 Abs 6 ZPO	50
II. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im Rechtsmittelverfahren	50
G. Die Entscheidung über die Zuständigkeit	50
I. Die Entscheidungsgrundlagen	50
II. Der maßgebliche Zeitpunkt	50
III. Form und Anfechtbarkeit der Entscheidung	51
H. Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten	51
Vierter Abschnitt: Die Prozessparteien	53
A. Der Parteibegriff	53
B. Die Bestimmung der Parteien	53
I. Bezeichnung der Parteien in der Klage	53
II. Fehler bei der Bestimmung der Partei	54
1. Unrichtige Parteibezeichnung	54
2. Zustellung der Klage an eine falsche Person	54
a) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage nicht als Beklagter gemeint sein kann	55
b) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage als Beklagter gemeint sein kann	55
C. Prozessstandschaft und Amtsparteien	55
I. Prozessstandschaft	55
II. Zur gesetzlichen Prozessstandschaft und Amtspartei	56
III. „Sammelklagen“	56
D. Parteimehrheit (Streitgenossenschaft)	57
I. Begriff der Streitgenossenschaft	57
II. Arten von Streitgenossenschaften	57
1. Übersicht	57
2. Einfache Streitgenossenschaft (§ 11 ZPO)	58
a) Materielle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 1 ZPO)	58
b) Formelle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 2 ZPO)	58
3. Einheitliche Streitpartei (§ 14 ZPO)	58
III. Die prozessualen Wirkungen von Streitgenossenschaften	59
1. Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft	59
2. Wirkungen der einheitlichen Streitpartei	59

E. Parteiwechsel und Parteibeitritt	59
I. Begriffe	59
II. Die Zulässigkeit des Parteiwechsels	60
1. Gesamt-(Universal-)rechtsnachfolge	60
2. Sonstige Fälle des Parteiwechsels (Insolvenz, Einzelrechtsnachfolge)	60
F. Nebenintervention	61
I. Begriff und Arten	61
II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention	61
III. Beitrittsverfahren	62
IV. Die prozessuale Stellung des Nebenintervenienten	62
1. Die Stellung des einfachen Nebenintervenienten	63
2. Die Stellung des streitgenössischen Nebenintervenienten	63
3. Die Stellung des Untermieters im Kündigungs- und Räumungsverfahren gegen den Hauptmieter	64
V. Hauptintervention („Einmischungsklage“, § 16 ZPO)	64
G. Streitverkündung	65
I. Begriff und Zweck	65
II. Form und Wirkung	65
III. Auktorbenennung	65
H. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	66
I. Parteifähigkeit	66
II. Prozessfähigkeit	67
III. Die prozessuale Behandlung der fehlenden Partei- und Prozessfähigkeit	67
I. Postulationsfähigkeit und Vertretung im Prozess	68
I. Postulationsfähigkeit	68
II. Vertretung im Prozess	69
1. Notwendigkeit und Zulässigkeit der Vertretung; Anwaltpflicht	69
a) Absolute Anwaltpflicht	69
b) Relative Anwaltpflicht	69
c) Gewillkürte Vertretung in Verfahren ohne Anwaltpflicht	69
2. Voraussetzungen für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft	70
a) Nationale Regeln in Österreich für den Zugang zur Rechtsanwaltschaft und die Berufsausübung	70
b) Europa	70
3. Voraussetzungen und Wirkungen der Vertretung; Umfang der Vollmacht	71
4. Nachweis der Bevollmächtigung	71
5. Erlöschen der Vollmacht	72
6. Behandlung der Vertretung im Prozess	72
7. Die Folgen eines Mangels der Vertretungsmacht	72
a) Vorläufige Zulassung als Bevollmächtigter (§ 38 ZPO)	72
b) Wahrnehmung des Mangels der Bevollmächtigung im Prozess	73
Fünfter Abschnitt: Die Klage	75
A. Funktion der Klage	75
B. Die Klagearten	76
I. Leistungsklage	77
1. Leistungsklage im engeren Sinn	77
2. Duldungsklage	77
3. Unterlassungsklage	77

II. Feststellungsklage	78
1. Feststellungsfähiges Recht oder Rechtsverhältnis	78
2. Rechtliches Interesse	79
3. Bedeutung der Feststellungsklage	80
4. Zwischenantrag auf Feststellung	80
III. Rechtsgestaltungsklage	81
1. Funktion der Rechtsgestaltungsklage	81
2. Arten von Rechtsgestaltungsklagen	81
C. Klagenhäufung	82
I. Begriff und Arten	82
II. Voraussetzungen der objektiven Klagenhäufung	82
III. Arten der objektiven Klagenhäufung	83
1. Kumulative Klagenhäufung	83
2. Eventualklagenhäufung	83
3. Alternative Klagenhäufung	83
IV. Verbindung und Trennung von Verfahren (§§ 187, 188 ZPO)	84
D. Widerklage	84
I. Die Widerklage im österreichischen Recht	84
1. Die Voraussetzungen der Widerklage	84
2. Die Bedeutung der Widerklage	85
3. Unterschiede der Widerklage zur Geltendmachung einer Gegenforderung mittels Aufrechnungseinwendung	85
4. Die Widerklage nach Art 8 Nr 3 EuGVVO 2012 bzw Art 6 Nr 3 LGVÜ 2007	86
E. Inhalt und Bestimmtheit der Klage	86
I. Inhalt der Klage	86
II. Klageerzählung und Schlüssigkeit	86
III. Bestimmtes Begehren	87
1. Bestimmtheitsgebot	87
2. Bedingungsfeindlichkeit	87
3. Ausnahmen vom Bestimmtheitserfordernis	87
F. Die Klageerhebung	88
I. Gerichtsanhängigkeit	88
1. Prozessrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	88
2. Materiellrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	88
II. Die Prüfung der Klage durch das Gericht	89
1. Zuständigkeitsprüfung	89
2. Die Prüfung der übrigen Prozessvoraussetzungen	89
3. Die Prüfung der Form- und Inhaltsvorschriften der Klage	89
III. Das weitere Vorverfahren	89
IV. Zustellung der Klage an den Beklagten	90
V. Die Streitanhängigkeit	91
1. Prozessuale Wirkungen der Streitanhängigkeit	91
2. Die Streitanhängigkeit als Prozesshindernis	91
a) Negative Prozessvoraussetzung	91
b) Identität der Parteien und des Streitgegenstandes	91
c) Streitanhängigkeit bei Aufrechnungseinwendung	92
d) Internationale Streitanhängigkeit	92
3. Materiellrechtliche Folgen der Streitanhängigkeit	93

G. Die Prüfung der Prozessvoraussetzungen	93
I. Der Begriff der Prozessvoraussetzung	93
II. Positive und negative Prozessvoraussetzungen	93
1. Positive Prozessvoraussetzungen	93
2. Negative Prozessvoraussetzungen (Prozesshindernisse)	94
III. Absolute und relative Prozessvoraussetzungen	94
IV. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen	95
1. Prüfung von Amts wegen	95
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Prüfung	95
3. Die Entscheidung über Prozessvoraussetzungen	95
4. Die Rangordnung der Prozessvoraussetzungen und die Reihenfolge der Prüfung	96
H. Der Streitgegenstand	97
I. Die Bedeutung des Streitgegenstandes	97
II. Der Begriff des Streitgegenstandes	97
I. Die Klageänderung	99
I. Änderung des Streitgegenstandes	99
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Klageänderung	99
III. Form und Auswirkungen der Klageänderung	100
J. Die Veräußerung der streitverfangenen Sache	100
Stichwortverzeichnis	103